

Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

1.1. Was ist das Neue am internationalen Terrorismus? (Lothar Brock/Bruno Schoch)

Begreift man Terrorismus nicht als anthropologische Größe, erschließt er sich aus dem gesellschaftlichen Kontext. Neu ist die Größenordnung der Tat, die auf Massenvernichtung zielt. Neu sind auch die religiös-sektiererischen Motive der Täter, die, anders als beim politisch instrumentellen Terror, die Verabsolutierung des Feindes und die Entfesselung der Gewalt erleichterten. Schließlich waren die Akteure global vernetzt, transnational präsent und imstande, das Machtzentrum des verteuflten Feindes von innen zu treffen. Dennoch kommen terroristische Netzwerke wie Al Qaida nicht völlig ohne territoriale Basis aus. Dort können sie militärisch bekämpft werden. Das reicht indes nicht, *state building* und noch mehr Demokratisierung der arabischen Gesellschaften tun Not.

1.2. Der 11. September im Fernsehen: Die Deutung der Terroranschläge als Krieg (Christoph Weller)

Die Fernsehbilder von den Terroranschlägen des 11. September konnten ihre politische Bedeutung nicht ohne ihre sprachliche Interpretation gewinnen. Entsprechend entscheidend waren die ersten Deutungen, die den Ereignissen in der Fernsehberichterstattung gegeben wurden. Die Analyse der mehrstündigen Live-Sendungen in ARD, ZDF und RTL zeigt den schnellen Rückgriff von Journalisten und Experten auf ein ihnen vertrautes Deutungsmuster: das des Krieges. Die Deutung der Terroranschläge als Krieg wurde dann auch in der Erklärung des Bundeskanzlers aufgegriffen und damit bekräftigt. Dieses Deutungsmuster trug wesentlich dazu bei, dass öffentlich über Vergeltungsschläge nachgedacht wurde und die dann ergriffenen militärischen Maßnahmen leichthin große Akzeptanz fanden.

1.3. Die Quellen des Terrorismus – Ursachen, Rekrutierungsbedingungen und Wirksamkeit politischer Gewalt (Jochen Hippler)

Terrorismus ist eine politische Aktionsform, die politischen und sozialen Bedingungen entspringt und beide selbst beeinflussen will. Zu den Quellen des Terrorismus zählen eine Atmosphäre der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, ungelöste Regionalkonflikte mit besonderer Symbolkraft, ein dramatisches Auseinanderklaffen zwischen politischen Legitimationen und gesellschaftlichen Realitäten sowie die Blockade friedlicher Oppositionsformen durch repressive Regime. Die Verknüpfung dieser Faktorenbündel schafft die Bedingungen für die politische Wirkungsfähigkeit des Terrorismus und anderer Formen politischer Gewalt über die eigene Unterstützerszene hinaus. Religiöse Faktoren können für die Motivierung der Täter und Mobilisierung des politischen Umfelds bedeutsam sein.

1.4. Verlieren die Staaten die Kontrolle über ihre Kriegsmittel? Gefahren des Nuklearterrorismus (Annette Schaper)

Terroristen im Besitz von Kernwaffen sind ein Albtraum, der nach dem 11. September nicht mehr so unwahrscheinlich erscheint. Heutzutage sind die Funktionsprinzipien von Kernwaffen bekannt. Innerhalb weniger Jahre könnten Fachleute einen Zündmechanismus für einen Sprengkörper konstruieren. Und mit Kernmaterial könnten sie einen nuklearen Sprengkörper schnell zusammenbauen. Bin Laden hat nachweislich versucht, sich Nuklearmaterial zu verschaffen. Alternativen zu einem Nuklearsprengkörper sind radiologische Waffen, die weniger Aufwand bei der Herstellung benötigen, aber radioaktive Verseuchungen verursachen können. Um die Risiken zu verringern, sollten die Ursachen des Nuklearschmuggels stärker bekämpft und die Transparenz existierender Bestände erhöht werden.

1.5. Verlieren die Staaten die Kontrolle über ihre Kriegsmittel? Zur Problematik der Biowaffen (Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff)

Die in den USA in Umlauf gebrachten Milzbranderreger haben die Risiken biologischer Massenvernichtungsmittel schonungslos zutage gebracht. Der Beitrag untersucht diese Ereignisse und ordnet sie in den größeren Zusammenhang der von biologischen Waffen ausgehenden Gefahren ein. Und er fragt nach dem Stellenwert von Rüstungskontrolle bei den Bestrebungen, dieser Gefahren Herr zu werden. Kritisch analysiert werden sowohl die gescheiterten Verhandlungen über ein Verifikationsprotokoll zum Biowaffen-Übereinkommen als auch die Ergebnisse der 5. Überprüfungskonferenz des Biowaffen-Übereinkommens von Ende 2001. Während sich viele Problemaufrisse auf das Risiko bioterroristischer Anschläge beschränken, geht es hier um unterschiedliche Dimensionen des staatlichen Kontrollverlusts.

1.6. Neue Kriege? Neue Krieger? (Klaus Jürgen Gantzel)

Vor allem seit dem kriegerischen Zerfall Jugoslawiens liest man Dramatisierungen des jüngsten Kriegsgeschehens auf der Welt, die neue Kriegsformen und eine neuartige Zukunft des Krieges ankündigen. Der Verfasser kritisiert den verkürzten historischen Blickwinkel dieser alarmistischen Pessimismen an repräsentativen Literaturbeispielen. Auch die Terroristen des 11. September 2001 leiteten keine Zeit "neuer" Kriege ein. Was an vielen jüngeren und gegenwärtigen Kriegen in der Dritten Welt teilweise als neu angesehen und aufmerksam verfolgt werden muss, sind die sich festsetzenden Kriegsökonomien. Darüber hinaus entsteht der Verdacht, dass zumindest Teile der neuen Kriegsliteratur diffuse Bedrohungsgefühle unterstützen und bedenklichen politischen Interessen Vorschub leisten.

2.1. Amerikanische Weltpolitik nach dem 11. September (Matthias Dembinski)

Die USA finden auch nach dem 11. September nicht zurück zu einer multilateralen Politik. Vielmehr wird seither die Bedeutung des Militärischen als Instrument amerikanischer Weltpolitik weiter aufgewertet. Damit bleiben transatlantische Spannungen vorprogrammiert. Sie kulminieren in der unterschiedlichen Auffassung über die Notwendigkeit, mi-

litärische Gewalt an das Völkerrecht zu binden. Diese Differenz ist wichtig, sollte aber nicht überbewertet werden. Aus den amerikanischen Widerständen gegen die Verregelung insbesondere militärischer Macht folgt nicht, dass die USA unberechenbar würden oder die Interessen ihrer Partner weniger berücksichtigten. Allerdings wird sich die Bedeutung der NATO als Instrument europäischer Einflussnahme relativieren.

2.2. Russland und der Westen: Vom Sicherheitsrisiko zum Sicherheitspartner (Hans-Joachim Spanger)

Was lange verkündet, doch nie umgesetzt worden war, scheint plötzlich Wirklichkeit zu werden: die "strategische Partnerschaft" zwischen Russland und dem Westen. Nach einem verlorenen Jahrzehnt der sicherheits- wie ordnungspolitischen Wirren haben beide Seiten in der gleichermaßen empfundenen Bedrohung durch den global agierenden Terrorismus einen gemeinsamen Nenner in der vornehmlich militärischen Re-Aktion gefunden. Gleichwohl bleibt auch diese Gemeinsamkeit gefährdet: In Russland beruht sie auf einer ziemlich einsamen Entscheidung des Präsidenten, die von seiner ungeschmälernten Popularität zehrt. Und die USA tun mit ihrem Unilateralismus alles, um den Vorbehalten der außenpolitischen Elite in Moskau politische Munition gegen Putin zu liefern.

2.3. Nach dem Regimewechsel in Afghanistan – Mehr regionale Sicherheit und Stabilität in Asien? (Gunter Schubert)

Wirkt sich der Sturz des Taliban-Regimes positiv auf die regionale Sicherheit und Stabilität in Asien aus? Im Mittelpunkt stehen Analysen der nationalen Interessenlagen in Zentralasien und des Kaschmirkonflikts sowie der veränderten Lage in Nordost- und Südostasien. Der signifikante Macht- und Einflusszuwachs der USA verbietet einen vorschnellen Optimismus hinsichtlich der Zunahme regionaler Sicherheit, der sich auf den politischen Neubeginn in Afghanistan und die scheinbare Annäherung zwischen Washington, Moskau und Beijing stützt. Plausibler ist jedoch die Annahme, dass sich die geostrategische Großwetterlage in Asien nicht wesentlich verändert hat und die neue Präsenz der USA die verschiedenen lokalen Konflikte verschärft oder zumindest verstetigt.

2.4. Muslime im gemeinsamen Haus Europa – Der zentralasiatische Islam und die Sicherheitspolitik der OSZE (Arne C. Seifert)

Angesichts von mehr als fünfzig Millionen Muslimen im asiatischen Teil der OSZE stellt der Islam für Europa eine politische Herausforderung erster Ordnung dar. Weder die europäische Sicherheitspolitik noch die Anti-Terrorstrategie des westlichen Bündnisses tragen dem ausreichend Rechnung. Es kommt darauf an, den politischen Islam aus seiner Negativfixierung auf das Terrorismusstigma herauszuführen und sowohl innen- als auch außenpolitisch in eine konstruktive Rolle einzubinden. Dafür sind in den ehemals sowjetischen Republiken Zentralasiens die Chancen noch nicht vertan. Der Kompromissprozess zwischen islamischen und säkularen Kräften, der sich nach Beendigung des blutigen Bürgerkrieges in Tadschikistan entwickelte, kann als ermutigendes Vorbild dienen.

2.5. Ein Tabu fällt – Die deutsche Außenpolitik entdeckt ihren militärischen Arm (Reinhard Mutz)

In Afghanistan verfolgen deutsche Soldaten in Bodenkämpfen die Reste noch aktiver Taliban-Einheiten. Am Golf stehen ABC-Abwehrkräfte bereit, um einen angedrohten Krieg gegen den Irak zu flankieren. Beides firmiert unter dem Etikett der Terrorabwehr. War die Kosovo-Intervention noch als ein einmaliger Akt der Nothilfe gerechtfertigt worden, so sollen Kampfeinsätze der Bundeswehr künftig ihren Ausnahmecharakter ablegen. Dies meint die Forderung nach "Enttabuisierung des Militärischen". Die Durchsetzung nationaler Interessen und die Unterstützung der Interessen Verbündeter rücken in den Rang zulässiger Anwendungsfälle deutscher Waffenmacht auf. Damit lässt die Bundesregierung das Verfassungsgebot, Krieg nicht als ein Mittel der Politik zu betrachten, hinter sich.

2.6. Innere Sicherheit durch Einwanderungskontrolle? (Christina Boswell)

Der 11. September ereignete sich in einer Phase des Wandels in der EU-Einwanderungspolitik. Liberalisierungstendenzen treffen auf den Widerstand von Rechtsparteien und großen Teilen der Öffentlichkeit. Die Terroranschläge stärken die Verfechter eines restriktiven Kurses, die eine ursächliche Verbindung zwischen ungehinderter Zuwanderung einerseits und innerer Sicherheit andererseits unterstellen. Doch viele der vorgeschlagenen Maßnahmen haben nicht die Ursachen der terroristischen Bedrohung im Blick. Stattdessen wird diese Bedrohung instrumentalisiert, um gegen lästige Gruppen wie Asylsuchende vorzugehen. Die Maßnahmen zur besseren Integration von Minderheiten sind überwiegend symbolischer Natur und verkennen die tiefer liegenden Ursachen nicht gelungener Integration.

2.7. Mit der Stange im Nebel – Die Bundesregierung verschärft die innere Sicherheit (Hans J. Gießmann)

Überstürzt und ohne nennenswerten Widerstand hat die Bundesregierung im Herbst 2001 weitreichende gesetzliche und innenpolitische Maßnahmen zur künftigen Terrorabwehr ergriffen. Einige davon weisen in die richtige Richtung. Andere folgen dem fragwürdigen Credo einer verschärften Sicherheitspolitik auf Verdacht. Im Mittelpunkt stehen die so genannte Rasterfahndung und die Abänderung des Strafrechts. Vergleichsweise ebenso weitreichende Initiativen, um das Übel des Terrorismus an der Wurzel zu packen, fehlen oder sind bisher inkonsequent. Um einer drohenden Spaltung der Gesellschaft in Verdächtige und Unverdächtige zu begegnen, sind nachhaltige und transparente Kriterien der Terrorabwehr zu entwickeln, die für alle Politikbereiche Bestand haben.

3.1. Mit Militär gegen Terrorismus? (Herbert Wulf)

Der Ruf nach dem Einsatz von Streitkräften zur Bekämpfung des Terrorismus ist lauter geworden. Da Terroristen einen asymmetrischen Kampf ohne Fronten führen, bei dem militärische Stärke und moderne Waffensysteme kaum eine Rolle spielen, können Streitkräfte nur unterstützend erfolgreich eingesetzt werden. Die Bekämpfung des Terrors ist keine primär militärische Aufgabe, sondern sollte vorrangig von einem zivil-polizeilichen

Apparat durchgeführt werden, zumal der Streitkräfteeinsatz viele rechtliche Fragen aufwirft. Große Streitkräftekontingente und massiver Waffeneinsatz haben sich in der Vergangenheit als weitgehend unwirksam und kollektive Vergeltungsmaßnahmen als kontraproduktiv erwiesen und zumeist einen Bumerangeffekt erzeugt.

3.2. Ist der Krieg der USA gegen Afghanistan vom Selbstverteidigungsrecht gedeckt? (Hans-Michael Empell)

Die USA durften vom Selbstverteidigungsrecht Gebrauch machen, wenn die Anschläge vom 11. September einen bewaffneten Angriff bildeten, der Afghanistan zurechenbar war. Den Nachweis, dass die Anschläge von Al Qaida ausgingen, haben die USA bisher nicht vorgelegt. Die Urheberschaft Al Qaidas unterstellt, erfordert das Völkerrecht darüber hinaus, dass die Attentate Afghanistan zugerechnet werden konnten. Das Taliban-Regime hat Al Qaida beherbergt und darüber hinaus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates missachtet, die es aufforderten, terroristischen Gruppen auf seinem Gebiet nicht länger Schutz zu gewähren. Deshalb war Afghanistan für die Anschläge verantwortlich zu machen. Die Ziele, Al Qaida zu zerschlagen und das Taliban-Regime zu beseitigen, waren vom Zweck der Verteidigung gedeckt.

3.3. Von der “Friedensdividende” zur “Terrordividende”? Wirtschaftliche Aspekte neuer Aufrüstungsrunden (Michael Brzoska)

Die US-Regierung plant Erhöhungen des Militärhaushaltes, die an die Hochzeiten des Kalten Krieges erinnern. Gleichzeitig machen sie politischen Druck auf andere Staaten, ebenfalls die Militärausgaben anzuheben. Eine Analyse der US-amerikanischen Beschaffungsvorhaben zeigt, dass die hohen Ausgaben weder durch den Kampf gegen Terror noch durch einen radikalen technischen Umbau, sondern durch “klassische” Großprojekte verursacht sind. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Stellung der großen Rüstungshersteller. Auch sind, sowohl in Deutschland als auch in den USA, negative wirtschaftliche Folgen eines Wiederanstiegs der Militärausgaben möglich. Die Bundesregierung sollte die Rüstungsausgaben nicht erhöhen, sondern sie im Rahmen einer umfassenden Bundeswehrreform umschichten.

3.4. Der Internationale Strafgerichtshof kommt – auch ohne die USA (Nicole Deitelhoff)

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der vermutlich noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen wird, soll das Ende internationaler Straflosigkeit einläuten und eine globale Rechtsordnung begründen, die zu mehr Sicherheit und Frieden beiträgt. Ein derart ambitioniertes Vorhaben setzt die Kooperation der Staatengemeinschaft voraus. Gerade die USA, die sich gern als Verfechter globaler Menschenrechte und Gerechtigkeit verstehen, agitieren aber vehement gegen die Einrichtung des IStGH. Diese Haltung überrascht vor dem Hintergrund, dass es die USA waren, die sich für die Einrichtung von Kriegsverbrechertribunalen für Jugoslawien und Ruanda engagierten. Welche Auswirkung wird diese Ablehnung für den IStGH haben?

3.5. Rio+10 in Johannesburg: Markiert die Agenda 21 den Wendepunkt zu einer global nachhaltigen Entwicklung? (Volker Teichert/Stefan Wilhelmy)

Vom 26. August bis 4. September 2002 werden auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg Regierungen und Nichtregierungsorganisationen aus den Entwicklungs- und Industrieländern über die globale Lage beraten. Anhand von zwölf ausgewählten Indikatoren zeigt der Beitrag, dass sich – unter den Prämissen der Nachhaltigkeit – seit der Konferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 der Zustand der Welt nicht entscheidend verbessert hat. Die Industrieländer verbrauchen nach wie vor zu viele Ressourcen, der Klimawandel beschleunigt sich und das ökologische Gleichgewicht wird instabiler. In den Entwicklungsländern wächst die Bevölkerung, die gesundheitlichen Belastungen nehmen zu, und der Raubbau an der Natur geht weiter.

3.6. Zivile Konfliktbearbeitung – Konzepte, Maßnahmen, Perspektiven (Volker Böge/Angelika Spelten)

Es besteht die Gefahr, dass der *mainstream* herrschender Politik im Zeichen des “Krieges gegen den Terrorismus” zu Reaktionen zurückkehrt, die einem engen Sicherheitsverständnis verhaftet sind. Dem gegenüber ist an den in den letzten Jahren gemachten Fortschritten auf dem Gebiet ziviler Konfliktbearbeitung festzuhalten. In Deutschland wird Krisenprävention mittlerweile als relevantes politisches Handlungsfeld anerkannt, was sich in neuen Instrumenten wie dem Zivilen Friedensdienst niederschlägt. Doch in der Umsetzung der Konzepte bestehen nach wie vor erhebliche Defizite. Am “Testfall Afghanistan” und den vernachlässigten Handlungsfeldern Diaspora, Frauen, Reform des Sicherheitssektors wird dies deutlich. Zu empfehlen ist mehr Kohärenz einzelner Ansätze, Projekte und Instrumente sowohl in den Krisenregionen als auch bei den unterstützenden externen Akteuren.

3.7. Die Alternative zum Krieg gegen den Terrorismus: Global Governance in der Friedens- und Sicherheitspolitik (Franz Nuscheler/Christoph Weller)

Die Ursachenanalyse des transnationalen Terrorismus, wie er am 11. September 2001 sichtbar geworden ist, verweist auf mindestens sechs globale Strukturprobleme der internationalen Politik, die in ihrem Zusammenwirken einen bedeutenden Motivationshintergrund für terroristische Gewalttaten abgeben. Die Bearbeitung dieser globalen Strukturprobleme verlangt eine Weiterentwicklung globaler Institutionen im Sinne von *Global Governance*, gerade auch im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik. Auch wenn die USA augenblicklich einer solchen multilateralen Kooperationskultur eher ablehnend gegenüberstehen, ist es die Aufgabe der Europäischen Union, auf der Grundlage einer Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen ihren Beitrag zur kooperativen Bearbeitung globaler Probleme zu leisten.

4.1. Der israelisch-palästinensische Krieg (Margret Johannsen)

Die Gewaltspirale im israelisch-palästinensischen Konflikt dreht sich weiter. Zwar spricht sich auf beiden Seiten die Bevölkerung mehrheitlich für eine Verhandlungslösung aus;

dennoch sehen weder Israelis noch Palästinenser gegenwärtig eine Alternative zur Gewaltanwendung. Die israelische Militäroffensive gegen die palästinensischen Autonomiegebiete soll den irregulären Milizen die Mittel zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes für einen palästinensischen Staat entziehen. Sie hat indes in den belagerten Städten den Hass auf die Besatzer weiter geschürt. Der demokratisch gewählte Palästinenserpräsident Arafat kann wirksame Maßnahmen zur Kontrolle der gewaltbereiten Kräfte erst ergreifen, wenn er eine glaubhafte Perspektive auf ein Ende der Besatzung vorweisen kann.

4.2. Die israelische Friedensbewegung und die Al Aqsa-Intifada (Maren Qualmann)

Die israelische Friedensbewegung war eine der treibenden Kräfte, die den Friedensprozess von Oslo vorbereitet haben. Als jedoch der Friedensprozess durch den Ausbruch der Al Aqsa-Intifada im September 2000 unterbrochen wurde, hatte sie mit Verstummen reagiert. Erst seit Februar dieses Jahres ist sie wieder aktiv. Die Gründe für das Verstummen der israelischen Friedensbewegung liegen in ihrem Verhältnis zur Regierungspolitik, zu ihren palästinensischen Dialogpartnern, aber auch zur israelischen Bevölkerung. Diese hat sich im letzten Jahrzehnt politisch ausdifferenziert und Diskussionen über Themen jenseits der Friedensbewegung eröffnet. Das hat innerhalb der Friedensbewegung unter anderem zu neuen Ansätzen der Konfliktbewältigung mit den Palästinensern geführt.

4.3. EU in heikler Mission – Mazedonien zwischen Krieg und einer europäischen Zukunft (Wolf-Christian Paes/Peter Schlotter)

Als im Frühjahr albanische Rebellen mazedonische Sicherheitskräfte angriffen, reagierten EU und NATO, anders als früher in Bosnien und im Kosovo, schnell. Mit dem Abkommen von Ohrid (August 2001) setzte die EU – mit militärischer Absicherung durch die NATO – eine weitgehende politische Gleichberechtigung der albanischen Minderheit durch. Man kann von einer *de facto*-Neugründung des Staates sprechen. Doch ist die Lage im Land weiter instabil. Teile der Mehrheitsbevölkerung stehen nicht hinter der Friedensregelung, albanische Extremisten setzen weiter auf Gewalt. Die EU als Garantiemacht des Friedensvertrages hat eine besondere Verantwortung, die Konsolidierung des multiethnischen Landes politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Sie muss insbesondere darauf hinwirken, dass die Hoffnung auf die EU-Mitgliedschaft eine realistische Perspektive ist.

4.4. Von der Bundesrepublik Jugoslawien zum Staatenbund Serbien und Montenegro (Sabine Klotz)

Nach jahrelangen Kriegen in und zwischen den Republiken des ehemaligen sozialistischen Jugoslawien hat sich seit den Regierungswechseln in Serbien und der vormaligen Bundesrepublik Jugoslawien die dortige Situation entspannt. Mit dem Ende der Kämpfe in Südserbien und mit der Einführung der Teilautonomie in der Vojvodina wurden zwei Konflikte in Serbien entschärft. Einen anhaltenden Unsicherheitsfaktor bildet jedoch die ungewisse Entwicklung des neuen Staatenbundes Serbien und Montenegro. Darüber hinaus harren die vertrackte Status-Frage des Kosovo ebenso wie die Modalitäten eines friedlichen Zusammenlebens zwischen den ethnischen Gruppen in Serbien einer dauerhaften Regelung, die alle Seiten zufriedenstellt. Außerdem sehen sich die serbische und

die montenegrinische Regierung mit vielfachen politischen, ökonomischen und sozialen Problemen konfrontiert.

4.5. Von den Waffen zur Demokratie? Probleme der Friedenskonsolidierung in Nordirland (Corinna Hauswedell)

Die IRA hat – auch unter dem Eindruck des 11. September – in bisher zwei spektakulären Abrüstungsaktionen begonnen, ihr Waffenarsenal unbrauchbar zu machen. Damit wurde eine mehrjährige Blockade des nordirischen Friedensprozesses beseitigt, die Belfast Regionalregierung hat ihre Arbeit wieder aufgenommen. Mehr Aufmerksamkeit kann jetzt auf die innere Konsolidierung des Friedens gelegt werden: Auf die Eindämmung der fortgesetzten Gewalt, die vor allem von den “Verlierern” im protestantischen Lager ausgeht, auf die Etablierung eines gemeinsamen Sicherheitsverständnisses sowie auf die Aufgaben demokratischer Partizipation und Versöhnung. Bilanziert werden fördernde und hemmende Faktoren dieser neuen Phase im nordirischen Friedensprozess.

4.6. “Tausche Kamel gegen Kalaschnikows” – Gründe für die Nachfrage nach Kleinwaffen am Horn von Afrika (Renée Ernst/Kiflemariam Gebre-Wold)

Da immer häufiger lokale Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, stellt die große Zahl nahezu ungehindert zirkulierender Kleinwaffen in vielen Regionen der Welt ein großes Sicherheitsrisiko dar, unter dem insbesondere die Zivilbevölkerung leidet. Am Beispiel praktischer Erfahrungen des SALIGAD-Projektes am Horn von Afrika werden vor allem die Gründe für die Nachfrage nach Kleinwaffen untersucht. Oft liegen sie im Zerfall staatlicher Gewaltstrukturen in (Post-)Konfliktsituationen, häufig aber auch in nomadischen Traditionen, etwa in dem Bedürfnis nach eigenständigem Schutz von Wasser und Weidegründen. Vorgestellt werden mögliche Szenarien der Kontrolle von Kleinwaffen sowie die Rolle, die dabei involvierte staatliche und nichtstaatliche Akteure spielen.